



Nr. 49

Berlin, 15. Dezember 2010

Inhalt:

[Einkommensrunde 2011 für die Landesbeschäftigten - dbb: Unsere Forderung passt genau in die Landschaft+++](#)
[Dauderstädt kritisiert EU-Kommission: Flexicurity nach wie vor kein Allheilmittel+++](#)
[dbb Vize: Demographischer Wandel und Bürgererwartungen eröffnen neue Jobperspektiven+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW und SPD-Landtagsfraktion einig: Einseitiger Sparkurs zu Lasten der Beamten ist falsch+++](#)
[dbb sachsen-anhalt zu Besoldungsneuregelungsgesetz – Leistungsprinzip nur in Ansätzen umgesetzt+++](#)
[dbb brandenburg gegen Personalabbau in der Landesverwaltung+++](#)
[Unterschriftenaktion des tbb gut angelaufen+++](#)
[Zuständigkeit für Luftfrachtsicherheit bleibt geteilt – DPoIG: Falsche Entscheidung der Bundesregierung+++](#)
[BSBD kritisiert Mittelverschwendung im sachsen-anhaltinischen Strafvollzug+++](#)
[BDZ und DPoIG sehen nach Bericht der „Werthebach-Kommission“ Verbesserungspotenzial+++](#)
[VAB zur Verlängerung des Tarifvertrages: „Grandioser Erfolg“+++](#)
[bundespolizeigewerkschaft bqg begrüßt Bericht der „Werthebach-Kommission“+++](#)
[VBE: Kindgerechtes Deutschland bleibt Politikauftrag+++](#)

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2011 für die Landesbeschäftigten – dbb: Unsere Forderung passt genau in die Landschaft

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die Gewerkschaftsforderung nach 50 Euro Sockelbetrag und linear drei Prozent mehr für die anstehende Einkommensrunde in den Ländern als „zeitgemäß, angemessen und bezahlbar“ bezeichnet. „Sie passt genau in die Landschaft“, sagte Heesen am 14. Dezember 2010 vor Journalisten in Berlin. „Alle sind sich einig: Die Konjunktur zieht an. Wenn Politiker und Ökonomen deshalb die Beschäftigten in der Wirtschaft zu kräftigen Lohnforderungen ermutigen, dürfen sie nicht gleichzeitig den öffentlichen Dienst mit angezogener Sparschraube weiter auf Verschleiß fahren. Damit muss Schluss sein.“

„Krankenschwestern und Straßenwärter, Lehrer und Polizisten, Feuerwehrleute, Justizvollzugsbedienstete und Steuerfahnder, Mitarbeiter der Bürgerämter und Ministerien, die unter immer schwieriger werdenden Bedingungen dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen rund um die Uhr funktioniert, sagen zu Recht: ‚Wir machen das. Wer sonst?‘“, so Heesen weiter. Unter diesem Motto steht auch die begleitende Kampagne zur Einkommensrunde 2011. Im Internet, auf Plakaten und mit Straßenaktionen werden Landesbeschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen auf ihre hohe Arbeitsbelastung durch anhaltenden Personalabbau, Arbeitsverdichtung und unzureichende Vergütung hinweisen und ihre Forderungen nach spürbar mehr Einkommen untermauern.

Der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion und Verhandlungsführer des dbb, Frank Stöhr, sagte, die Forderung sei „motivierend für die Beschäftigten, bezahlbar für Arbeitgeber und Dienstherren und der Bevölkerung vermittelbar“. Auch die Länder müssten ein vitales Interesse daran haben, angesichts von Fachkräftemangel und demographischem Wandel die Wei-

chen für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst zu stellen, fügte Stöhr an die Adresse der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) gerichtet hinzu. „Ohne ein deutliches Einkommensplus und verbesserte Entwicklungsperspektiven wird der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um den Nachwuchs nicht zu gewinnen sein“, sagte Stöhr.

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert im Rahmen der Einkommensrunde 2011 für alle Beschäftigten der Bundesländer

- einen Sockelbetrag von 50 Euro,
- eine lineare Erhöhung der Einkommen von 3 Prozent,
- eine tarifvertragliche Laufzeit von 14 Monaten.

Der dbb erwartet, dass das Tarifergebnis in den Bundesländern zeit- und inhaltsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird. Die Verhandlungen von dbb und verdi mit der TdL beginnen am 4. Februar 2011 in Berlin.
(01/49/10)

Dauderstädt kritisiert EU-Kommission: Flexicurity nach wie vor kein Allheilmittel

(dbb) „Flexicurity ist nicht der alleinige Weg zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes. Die Kommission sollte sich von dieser Idee lösen“, forderte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 13. Dezember 2010. Damit reagierte er auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission, die eine Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten mit dem Ziel der Vollbeschäftigung vorschlägt. „Die Mitteilung lässt ein leichtes Umdenken erkennen, zumindest in der Rhetorik. Flexicurity wird stärker als ein ausgewogenes System formuliert. Doch das allein reicht nicht“, so Dauderstädt.

Die Europäische Kommission nimmt die Strategie Europa 2020 zum Anlass, ihre Vorstellungen eines reformierten Arbeitsmarktes zu präsentieren. Im Vergleich zu älteren Mitteilun-

gen, die vor der Krise veröffentlicht wurden, hat sich zumindest die Wortwahl in der jüngsten Mitteilung verändert. Der Begriff Flexicurity wird stärker als bislang nicht nur im Sinne

von Flexibilität, sondern auch im Hinblick auf die Beschäftigungssicherheit betrachtet. „Die Arbeitnehmer in Europa haben die Hauptlast der Krise getragen und dabei empfindliche Einschnitte hinnehmen müssen. Sie haben ihren Teil zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen“, so Dauderstädt. „Die Arbeitnehmer müssen nun am Aufschwung beteiligt werden.“

Die Kommission stellt in ihrer Mitteilung vier Schlüsselprioritäten in den Vordergrund: höherwertige Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen, besser funktionierende Arbeitsmärkte, kompetentere Arbeitskräfte und stärkere Strategien zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Förderung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Um diese umzusetzen, will die Kommission ihre Idee von Flexicurity aufgrei-

fen und in der Praxis verbessern. Dauderstädt: „Es ist wichtig, Mitarbeiter auch in wirtschaftlich schweren Zeiten in ihrem Arbeitsverhältnis zu halten. In Deutschland haben wir mit dem Kurzarbeitergeld eine sehr gute Lösung in der vergangenen Krise gefunden.“

Kritisch sieht der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende vor allem die anhaltende Tendenz der Europäischen Kommission, ihre Kompetenzen großzügig auszulegen. „Wir erleben derzeit, dass die Kommission konkrete Vorschläge für die Reform der Sozialsysteme machen will. Dies können die Mitgliedstaaten aber nach wie vor besser, und daran sollte auch nicht gerüttelt werden“, bekräftigte Dauderstädt die Position des dbb.
(02/49/10)

dbb Vize: Demographischer Wandel und Bürgererwartungen eröffnen neue Jobperspektiven

(dbb) Unter der Überschrift „Wettbewerb um die besten Köpfe“ hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann in einem Namensbeitrag für die F.A.Z. (Ausgabe vom 27./28. November 2010) auf die Herausforderungen hingewiesen, denen sich der öffentliche Dienst angesichts von demographischem Wandel und Bürgererwartungen stellen muss.

„Bürgerinnen und Bürger verlassen sich zunehmend auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, das Ansehen der Beschäftigten des öffentlichen Sektors in der Bevölkerung wächst“, schreibt Hollmann unter Hinweis auf die forsa-„Bürgerbefragung 2010“ im Auftrag des dbb. „Die Menschen betrachten den öffentlichen Dienst nicht nur als Kostenfaktor. Sie schätzen die Verlässlichkeit, mit der die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Grundversorgung der Bevölkerung sichern.“

„Um der Erwartungshaltung der Bevölkerung auch künftig entsprechen zu können, braucht der öffentliche Dienst gut ausgebildete, motivierte junge Leute. Die demographische Entwicklung wird künftig zudem dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst wieder attraktiver für Neueinsteiger wird. Die Überalterung der Beschäftigten, der massive Stellenabbau der vergangenen Jahre und die konstanten Geburtenrückgänge in Deutschland zwingen die Verwaltungen in den Wettbewerb um die besten Köpfe. Bei abnehmendem Angebot der

Nachwuchskräfte auf dem Arbeitsmarkt müssen sie tausende Stellen neu besetzen – in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Allen häuslichen Problemen zum Trotz muss die öffentliche Hand wieder in ihre Human Resources investieren, um in Sachen Menpower Anschluss zu halten“, so Hollmann weiter.

Die Folgen des demographischen Wandels für den öffentlichen Dienst seien nicht zu unterschätzen – er werde sowohl seine Leistungen auf die veränderte Altersstruktur seiner „Kunden“ - der Bürgerinnen und Bürger - neu abstimmen als auch seine Personalentwicklung zukunftsfest managen müssen. Schon heute seien dort rund 75 Prozent der Beschäftigten älter als 35 Jahre. „Daraus ergeben sich neue Chancen für Berufseinsteiger, denn Verwaltungen und Behörden müssen zwangsläufig wieder zu einer gesunden Personalstruktur finden und sich nicht nur um neue Nachwuchskräfte bemühen, sondern sich auch für Seiteneinsteiger öffnen.“
(03/49/10)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW und SPD-Landtagsfraktion einig: Einseitiger Sparkurs zu Lasten der Beamten ist falsch

(dbb) Die SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag und der BBW - Beamtenbund Tarifunion (BBW) lehnen die geplante starke Belastung der Beamten im Sparpaket der Landesregierung ab. Bei einem Spitzengespräch am 8. Dezember 2010 zwischen Fraktionschef Claus Schmiedel, Fraktionsvize Nils Schmid und BBW-Chef Volker Stich sowie seinen Stellvertretern Thomas Eigenthaler und Joachim Lautensack, in dessen Verlauf Gemeinsamkeiten ausgelotet wurden, kamen beide Seiten zu dem Schluss: Ein einseitiger Sparkurs zu Lasten der Beamten ist der falsche Weg.

Bei der anschließenden Pressekonferenz machten die Gesprächspartner deutlich, warum sie das Vorgriffstundenmodell ebenso ablehnen wie das pauschale Stellenstreichprogramm der Landesregierung. Die Landesregierung dürfe die Beamten nicht zu Sündenböcken machen, um so angeblich den Haushalt zu sanieren, brachte es Schmiedel auf den Punkt. Stich warnte die Landesregierung, an ihrem Kurs festzuhalten: „Der Zorn der Beamten ist groß.“

Übereinstimmend erklärten die Vertreter von SPD und BBW, dass das vorgesehene Vorgriffstundenmodell keine entlastende Strukturmaßnahme darstelle, sondern die Haushaltsbelastung lediglich an spätere Landesregierungen durchreiche. Zudem werde dadurch die dringend benötigte Nachwuchsreserve vor der Tür gehalten. Somit sei das Vorgriffstundenmodell auch fachpolitisch falsch.

Die geplanten pauschalen Stellenstreichungen stoßen bei BBW und SPD gleichermaßen auf

Widerstand. Beide fordern, zuerst die Aufgaben und Zuständigkeiten der Landesverwaltung zu definieren und erst danach festzulegen, auf wie viel Personal bei entsprechenden Neuregelungen ohne Qualitätseinbußen verzichtet werden kann. „Der Personalbedarf des Landes muss den Aufgabenerfordernissen folgen und nicht umgekehrt“, sagte Schmid und Stich fügte hinzu, der Fairness halber müsse man auch den Bürgern sagen, auf welche öffentliche Dienstleistung sie künftig verzichten müssen.

Für den Fall, dass die SPD im Frühjahr 2011 Regierungsverantwortung mit übernehmen sollte, sicherten SPD-Spitzenkandidat Schmid und Fraktionschef Schmiedel zu, dass Stellenstreichungen nur im Dialog mit den Betroffenen und verbunden mit Aufgabenabbau durch Umstrukturierung der Verwaltung machbar seien.

(04/49/10)

dbb sachsen-anhalt zu Besoldungsneuregelungsgesetz – Leistungsprinzip nur in Ansätzen umgesetzt

(dbb) Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und SPD hat der Landtag am 9. Dezember 2010 das Gesetz zur Neuregelung des Besoldungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt (Besoldungsneuregelungsgesetz Sachsen-Anhalt) beschlossen. Das neue Besoldungsrecht tritt am 1. April 2011 in Kraft. Nach Hamburg, Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern ist Sachsen-Anhalt das fünfte Bundesland, das die Besoldung grundlegend neu geregelt hat. „Dem Leistungsprinzip wird das Gesetz nur in Ansätzen gerecht“, sagte dbb Landesvorsitzender Maik Wagner.

Während der Aufstieg in den Stufen nur erfolgt, wenn mindestens eine anforderungsrechte Leistung erbracht wurde, kann eine

Leistungsstufe vergeben werden, bei der der Beamte oder die Beamtin wegen herausragender Leistungen vorab das Grundgehalt der

nächsthöheren Stufe erhält. „Wer Schlechtleistungen mit einer ‚Soll‘-Vorschrift sanktioniert und herausragende Leistungen nur mit einer ‚Kann‘-Vorschrift“ honoriert, ist inkonsequent. Bei der ‚Kann‘-Regelung liegt die Vermutung nahe, dass die Leistungsstufe nach Kassenlage vergeben wird“, sagte Wagner. Außerdem bestehe seit 1998 die Möglichkeit, das Leistungsprinzip zu stärken. Mit dem Hinweis auf die finanziellen Auswirkungen habe bisher keine der Landesregierungen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Leistungsprämien und Leistungszulagen zu gewähren. Zu befürchten sei, dass der Gesetzgeber die Verordnungsermächtigung wegen fehlender Haushaltsmittel auch in Zukunft nicht anwenden werde. Auch die Stellenobergrenzen seien leistungsfeindlich, so Wagner.

Positiv sei die Änderung der Tabellenstruktur der Grundgehälter. Beim Stufenaufstieg wird nicht mehr auf das Lebensalter, sondern auf die Erfahrungszeit, das heißt auf die abgeleitete Dienstzeit und auf förderliche Zeiten abgestellt – mit einer Ausnahme: Ausfallzeiten durch Geburten und Kindererziehung werden den Erfahrungszeiten gleichgestellt. Ausdrücklich begrüßt hat der dbb-Landesbund, dass mit der Ausgleichszulage eine mögliche Einkommensminderung ausgeglichen wird, damit bei in Sachsen-Anhalt benötigten Spezialisten ein Dienstherrenwechsel nicht wegen eines höheren Besoldungsniveaus des Bundes oder eines anderen Bundeslandes scheitert.
(05/49/10)

dbb brandenburg gegen Personalabbau in der Landesverwaltung

(dbb) Der dbb brandenburg hat den von der rot-roten Landesregierung geplanten Personalabbau in der Landesverwaltung kritisiert. Die Zielzahl von 40.000 Beschäftigten im Jahr 2019 gefährde die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, sagte dbb-Landeschef Heinz-Egon Müller am 13. Dezember 2010 in Potsdam.

Derzeit hat die Verwaltung 50.000 Mitarbeiter. Müller warf der Regierung zugleich einen Mangel „an klarer politischer Führung nach außen und nach innen“ vor. Die Aufgabenkritik sei zum Erliegen gekommen, begonnene Reformen wie die Forstreform seien nicht zu Ende geführt worden. Die geplante Polizeireform gefährde die innere Sicherheit und widerspreche dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.

Müller bemängelte, dass sich durch Besoldungseinschnitte sowie den Wegfall des Weihnachtsgeldes die Unterschiede zum Einkommensniveau in Bund und anderen Ländern weiter vergrößerten. Zudem sei damit die

Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei der Gewinnung von Nachwuchs und der Besetzung von Spezialistenstellen oder der Suche nach Lehrern in Gefahr.

Der dbb brandenburg dringe daher auf ein Ende beim Stellenabbau, wenn dieser nicht durch den Wegfall von Aufgaben zu rechtfertigen ist. Auch dürften keine Dienststellen mehr geschlossen werden, wenn dies zulasten der Beschäftigten gehe, sagte Müller. Die Mitarbeiter müssten an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben können.
(06/49/10)

Unterschriftenaktion des tbb gut angelaufen

(dbb) Die Unterschriftenaktion des tbb unter dem Motto „40-Stunden-Woche für Thüringer Beamtinnen und Beamte jetzt!“ weist bereits nach einer Woche Laufzeit ein beachtliches Zwischenergebnis auf.

Insgesamt 1267 Unterschriften sind bis 10. Dezember 2010 eingegangen, davon 633 per Post oder Fax, 634 per Onlineformular - und das trotz einiger Drohungen von Vorge-

setzten, die jeglicher Rechtsgrundlage entbehren (Namen sind dem tbb bekannt).

Mit seiner Aktion verdeutlicht der tbb, dass die Glaubwürdigkeit der Landesregierung erhebli-

chen Schaden nehmen wird, wenn die im Juli 2010 vom damaligen Thüringer Innenminister Peter M. Huber gegebene Zusicherung, die Wochenarbeitszeit ab 1. Januar 2011 wieder von 42 auf 40 Stunden abzusenken, nicht eingehalten wird.

Ein Formular für Post- oder Faxversand sowie ein Onlineformular stehen noch bis 17. Dezember 2010 auf der Homepage des tbb unter www.tbb-konkret.de zur Verfügung. Danach werden die Ergebnisse an die Thüringer Ministerpräsidentin übergeben.
(07/49/10)

Zuständigkeit für Luftfrachtsicherheit bleibt geteilt – DPoIG: Falsche Entscheidung der Bundesregierung

(dbb) Die Entscheidung der Bundesregierung, die Luftfrachtkontrolle auch künftig beim Bundesverkehrsministerium anzusiedeln, wird von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) heftig kritisiert. Die große Chance, die Gewährleistung der Personen-, Gepäck- und Frachtkontrollen unter einheitlicher Zuständigkeit zu gestalten, ist aus politischen Gründen vertan worden, sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt am 8. Dezember 2010. Er vertrat die Auffassung, die Luftsicherheit in Deutschland hätte bei der Bundespolizei zusammengefasst werden sollen.

„Die Luftfrachtkontrolle ist in den vergangenen Jahren unter Führung des Bundesverkehrsministeriums sträflich vernachlässigt worden. Es gibt Sicherheitslücken, die so groß sind, wie Scheunentore“, sagte Wendt. Das nach seiner Meinung richtige Ergebnis der Kabinettsberatung wäre gewesen, die Bundespolizei mit einem Gesamtkonzept zur Luftsicherheit zu beauftragen. „Jetzt bleibt es beim Zuständig-

keitsmix, der kaum noch nachzuvollziehen ist“, so Wendt. Die sichere Lieferkette sei in der Vergangenheit nicht gewährleistet worden, es gebe keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass dies künftig möglich ist. „Das Bundesverkehrsministerium hat gezeigt, dass es dazu nicht in der Lage ist, weil Sicherheitsexperten fehlen“, so Wendts Kritik.
(08/49/10)

BSBD kritisiert Mittelverschwendung im sachsen-anhaltinischen Strafvollzug

(dbb) Nach jüngsten Informationen drohen dem Land Sachsen-Anhalt enorme Kosten, um die Sicherungsverwahrung neu zu konzipieren. Hintergrund ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EUGH), wonach zwischen Sicherungsverwahrten und anderen Gefangenen ein Abstandsgebot zu beachten ist. So sind Sicherungsverwahrte künftig unter wesentlich großzügigeren räumlichen Bedingungen unterzubringen.

Das im sachsen-anhaltinischen Burg vor rund 18 Monaten als teilprivatisiertes PPP-Modell in Betrieb gegangene Gefängnis ist augenscheinlich nicht dafür ausgelegt, diesen Forderungen Rechnung zu tragen. Es ist deshalb mehr als unwahrscheinlich, dass Burg – wie geplant – die Sicherungsverwahrten von drei mitteldeutschen Ländern aufnehmen kann.

Mit großer Sorge hat sich die Bundesleitung des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) am 12. Dezember 2010 mit der aktuellen Entwicklung beschäftigt und Konsequenzen für den bundesweiten Strafvollzug gefordert. Bundesvorsitzender Anton Bachl sagte, die Situation in Sachsen-Anhalt sei nicht überra-

schend entstanden. „Allen Warnungen von Praktikern und Experten - auch des BSBD - zum Trotz hat die damalige Landesregierung an ihren Privatisierungsplänen festgehalten. Obwohl längst klar war, dass jede Änderung des Vertrages mit dem Investor und dem Mitbetreiber der JVA Burg zu enormen Mehrkosten führen würde, hat das Land dieses Projekt in neoliberaler Verblendung voran getrieben“, kritisierte Bachl. Die Kosten für den Umbau einer geeigneten Liegenschaft oder für den Neubau an anderer Stelle würden extrem hoch sein. Die marode Finanzsituation des Landes werde weiter strapaziert.

Der BSBD spreche sich für eine überregionale Zusammenarbeit aus und plädiere für die Schaffung eigenständiger Einrichtungen für den Bereich der Sicherungsverwahrung. Der

Weg, Sicherheit und Strafvollzug zu privatisieren, führe erkennbar in die Irre, so der BSBD-Vorsitzende.
(09/49/10)

BDZ und DPoIG sehen nach Bericht der „Werthebach-Kommission“ Verbesserungspotenzial

(dbb) Die Bundesvorsitzenden der Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ, Klaus H. Leprich, und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, haben am 10. Dezember 2010 vor der Bundespressekonferenz in Berlin Stellung zum Bericht der "Werthebach-Kommission" genommen.

Leprich begrüßte, dass die Eigenständigkeit des Zolls erhalten bleibt, sieht aber durchaus Optimierungsbedarf. Der Zoll schöpfe sein vorhandenes Potenzial bisher nicht voll aus. Wendt bemängelte, dass der Bericht wesentliche Fragen unbeantwortet lässt. Angesichts der favorisierten Zusammenlegung von Bundespolizei und Bundeskriminalamt (BKA) sei z.B. fraglich, oder der andauernde Prozess der Neuorganisation der Bundespolizei damit überholt ist und wie sich die angedachte "Polizei des Bundes (neu)" mit Länderinteressen verträgt.

Leprich verteidigte den Ansatz, den Zoll von der Neuorganisation der Sicherheitsarchitektur auszunehmen. Aufgaben und Zuständigkeiten des Zolls, die auf der Rechtsgrundlage der Finanzverfassung und des EU-Zollkodex beruhen, führten zu einer Sonderstellung der Zollverwaltung. Der Zoll Sorge vor allem im europäischen Kontext einerseits als Dienstleister der Wirtschaft für eine Beschleunigung des Handels und gewährleiste andererseits die

Sicherheit, indem er die erforderlichen Kontrollen im grenzüberschreitenden Warenverkehr durchführe. Nach Auffassung des BDZ passe der Zoll weder in die Struktur der Bundespolizei noch in die des Bundeskriminalamts, betonte Leprich.

Wendt brachte die Erwartung der DPoIG an Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Ausdruck, im Interesse der rund 46.000 betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei Bundespolizei und nunmehr eine schnelle Entscheidung zu treffen: „Der Minister muss jetzt schnell seine Moderatorenrolle aufgeben.“ Positiv bewertete Wendt die Ablehnung einer „Bundesfinanzpolizei“, weil die Vermischung polizeilicher Befugnisse mit denen der Finanzbehörden auch verfassungsrechtliche Bedenken ausgelöst hat. Ebenfalls zu begrüßen sei die Ablehnung einer „Bundeskriminalpolizei“, zumal es auch dafür einer Verfassungsänderung und einer Länderzustimmung bedürft hätte, für die keine Mehrheit erkennbar ist.
(10/49/10)

VAB zur Verlängerung des Tarifvertrages: „Grandioser Erfolg“

(dbb) Als „grandiosen Erfolg“ hat der Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) die Verlängerung des Tarifvertrages über sozialverträgliche Begleitmaßnahmen in Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr (TV UmBw) bewertet. Die Tarifverhandlungen waren am 10. Dezember 2010 in Berlin zu Ende gegangen.

Der Vertrag, der eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017 hat, regelt unter anderem Ansprüche aufgrund von Versetzungen, Ausgleichszahlungen bei Härtefallregelung sowie Renten- und VBL-Ausgleichübernahme durch den Arbeitgeber.

„Dieses Ergebnis hätte vor wenigen Wochen niemand für möglich gehalten“, erklärte der VAB-Bundesvorsitzende Herbert Schug nach der Unterzeichnung des Tarifabschlusses. Dieser trage der bevorstehenden Strukturreform

der Bundeswehr Rechnung und sei das vom VAB geforderte Instrument, um den vom Ar-

beitgeberBundeswehr geforderten Personalabbau sozialverträglich zu gestalten. (11/49/10)

bundespolizeigewerkschaft bgv begrüßt Bericht der „Werthebach-Kommission“

(dbb) Der Bundesvorsitzende der bundespolizeigewerkschaft bgv, Rüdiger Reedwisch, hat den von der „Werthebach-Kommission“ vorgelegten Bericht positiv bewertet. Die von der Kommission angeregten Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur des Bundes entsprechen einer der seit langer Zeit von der bgv vertretenen Kernforderungen, die allerdings schon mit der Neustrukturierung 2008 hätte kommen müssen, erklärte Reedwisch am 9. Dezember 2010.

„Die Ankündigung schneller Entscheidungen und Umsetzung wird ebenso begrüßt, wie die in fünf Eckpunkten zusammengefassten Absichten des Ministers“, sagte er. „Ob jedoch die angekündigte quantitative Beibehaltung des Personals der bisherigen Organisationen in Zeiten knapper Haushalte aufrechterhalten bleibt, muss überwacht werden.“ Daran müsse die Bedingung geknüpft sein, die bisher durch übermäßige Arbeitsverdichtung in Anspruch genommenen Beschäftigten zu entlasten. „An-

ders als bei der aktuellen und nicht abgeschlossenen Neuorganisation der Bundespolizei muss eine klare Kommunikation stattfinden sowie eine transparente Aufgabenkritik geleistet werden, bei der die Mitarbeiter mitgenommen werden“, fügte Reedwisch hinzu. Er mahnte eine Einbeziehung der Gewerkschaften in die Projektgruppe des Bundesinnenministeriums an. (12/49/10)

VBE: Kindergerechtes Deutschland bleibt Politikauftrag

(dbb) „Ein kindergerechtes Deutschland darf nicht als erledigt abgehakt werden.“ Das hat der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, anlässlich der Bilanztagung „Nationaler Aktionsplan Kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ am 9. Dezember 2010 festgestellt.

„Der VBE fordert von Bund, Ländern und Kommunen, enger koordiniert zu handeln, damit jedes Kind und jeder Jugendliche eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe bekommen. Oberstes Ziel ist und bleibt die Entkopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft“, so Beckmann.

PISA 2009 habe wiederum gezeigt, dass Deutschland von Bildungsgerechtigkeit noch meilenweit entfernt ist. „Von 100 Kindern aus nichtakademischen Haushalten erreichen weniger als ein Viertel die Hochschulreife, während es von 100 Kindern aus akademischen Haushalten mehr als vier Fünftel sind. Immer noch verstärkt das Bildungssystem also die

sozialen Ausgangsbedingungen“, so Beckmann.

Deutschland müsse Bildungsgerechtigkeit endlich ernst nehmen, mehr in frühkindliche Bildung und für Ganztagschulen investieren. Gebraucht werde ein Schulsystem, das persönlich, räumlich und sächlich so ausgestattet ist, dass der private Nachhilfemarkt zum Erliegen kommt. Beckmann erneuerte die VBE-Forderung, das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich muss fallen: „Nur dann wird es möglich sein, die Gelder konzentriert zur Überwindung der Schwachstellen des staatlichen Bildungsangebots einzusetzen.“ (13/49/10)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die ab 1. Januar 2011 im Bereich des Bundes geltenden [Besoldungstabellen](#) sind seit 9. Dezember 2010 online auf der Website des **dbb**. Zum 1. Januar 2011 steigen die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Anwärter und Richter des Bundes sowie der Soldaten um 0,6 Prozent. Die Tabellen gelten vom 1. Januar 2011 bis zum 1. August 2011. Nach dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2010/2011 wird ab 1. August 2011 die dritte und letzte Anpassungsstufe von 0,3 Prozent erreicht. Der erste Anpassungsschritt von 1,2 Prozent war rückwirkend zum 1. Januar 2010 vollzogen worden.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat es bei der [Suche nach einem so genannten Maulwurf](#) in seiner Regierung, der Interna ausgeplaudert haben soll, nach Einschätzung des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) nicht einfach. BBB-Vorsitzender **Rolf Habermann** sagte der „Bild“-Zeitung (Ausgabe vom 9. Dezember 2010), hierbei werde „der Nachweis schwer zu erbringen sein“. Auch für Beamte gelte jedoch „so lange die Unschuldsvermutung, bis das Gegenteil bewiesen ist“. Habermann verwies darauf, dass auch im Privatleben eines Beamten das Dienstrecht gelte. „Der Beamte darf nichts äußern, was den Interessen des Dienstherrn entgegensteht.“

Der dbb hamburg hat skeptisch auf die Ankündigung von Bürgermeister Christoph Ahlhaus reagiert, die Streichung bzw. Kürzung der [Sonderzahlung für die Hamburger Beamtinnen und Beamten](#) rückgängig zu machen. „Wir haben seit Wochen auf die sich entspannende Haushaltslage der Stadt verwiesen - da wurde uns noch mangelnde Weitsicht unterstellt“, sagte dbb Landesvorsitzender **Rudolf Klüver** am 8. Dezember 2010. Man dürfe nicht vergessen, dass die Wahlkampfzeit angebrochen sei. „Wir messen die Politik nicht an Worten, sondern an Taten“, so Klüver. Er lud Ahlhaus zu einer Podiumsdiskussion am 25. Januar 2011 ein.

Der dbb sachsen-anhalt hat Forderungen aus der Landes-CDU nach [Abschaffung des Landesverwaltungsamtes](#) scharf kritisiert und als unbegründet zurückgewiesen. „Das Landesverwaltungsamt arbeitet effektiv und kostengünstig. Deshalb müssen wir eine erneute

Überprüfung nicht fürchten“, sagte der stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Vorsitzende der Deutschen Verwaltungsgewerkschaft **Ulrich Stock**. Die Forderung überrasche nicht, gab es doch schon vor der Errichtung des Landesverwaltungsamtes 2004 heftige Debatten über das Für und Wider eines dreistufigen Verwaltungsaufbaus in Sachsen-Anhalt. Der Landesgesetzgeber habe sich im Ergebnis für den dreistufigen Verwaltungsaufbau entschieden. Stock prophezeite eine Kostenexplosion, würde man die Aufgaben, die jetzt in einer Behörde erledigt werden, auf elf Landkreise, drei kreisfreie Städte und acht Ministerien verteilen.

Nach der Veröffentlichung des Berichts über die hohe Zahl von Abwesenheitstagen der Beschäftigten des unmittelbaren Landesdienstes Berlin im Jahr 2009 hält der dbb berlin das im November 2007 eingeführte betriebliche [Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung](#) für gescheitert. Die im Bericht des Finanzsenators nachgewiesenen krankheitsbedingten Abwesenheitszeiten machten deutlich, dass das dezentrale betriebliche Gesundheitsmanagement als landesweites Instrument des Personalmanagements den Stand der Abwesenheiten nicht entscheidend beeinflusst habe, stellte der dbb Landesvorsitzende **Joachim Jetschmann** am 9. Dezember 2010 fest. „Der dbb berlin hat kein Verständnis dafür, dass die Feststellungen mehrerer Dienststellenleitungen, sie hätten keine Möglichkeiten und Mittel zur Senkung der Abwesenheiten, ohne Reaktion des Senats geblieben sind“, kritisierte Jetschmann. Er wolle in einem Gespräch mit dem Berliner Finanzsenator zu dem Bericht möglichst gemeinsame Handlungsfelder abstecken.

Nach dem [Selbstmordanschlag von Stockholm](#) hat der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, erklärt, dass Deutschland mehr in den Fokus des Terrors gerückt sei, nachdem es sich stark in Afghanistan engagiert habe. „Wir sind dagegen aber nicht optimal gewappnet“, sagte Wendt der „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe vom 13. Dezember 2010). Er bekräftigte die Forderungen, bereits die Ausbildung in einem Terror-Lager von vornherein unter Strafe zu stellen und eine Visa-Warndatei einzuführen. „Wir müssen uns leider an ein hohes Maß an terro-



ristischer Bedrohung gewöhnen. Polizisten mit Maschinenpistolen an öffentlichen Plätzen werden Teil des Stadtbildes bleiben", so Wendt.

Das Recht auf Bildung ist ein grundsätzliches Menschenrecht. Das haben zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2010 Teresa Misiuk, Vizepräsidentin von NSZZ Solidarność (Abteilung Bildung), und VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann** in Berlin unterstrichen. In Deutschland und Polen entscheide die soziale Herkunft zu stark über den Bildungsweg der Schülerinnen und Schüler, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Lehrgewerkschaften und weiter: „Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten und unabhängig von der regionalen und sozialen Herkunft für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein. Bildung muss die Achtung vor den Menschenrechten stärken und zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen den Nationen und unter den Menschen beitragen.“ Solidarność und VBE sind Mitglieder der Education International (EI) und arbeiten auf europäischer Ebene eng zusammen.

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) sieht in den Ergebnissen deutscher Schüler bei der jüngsten PISA-Studie „eine erfreuliche Entwicklung“. So sei bemerkenswert, dass sich seit 2000 die Leseleistungen deutscher Schüler wesentlich verbessert hätten und die Mathematikleistungen nunmehr über dem OECD-Durchschnitt liegen, stellte VDR-Vorsitzender **Jürgen Böhm** am 8. Dezember 2010 fest. Er plädierte dafür, Ergebnisse der einzelnen Bundesländer zu vergleichen, da Experten hier deutliche Unterschiede vermuteten. Außerdem sehe der VDR keinen Anlass dafür, „Veränderungen von bewährten und anerkannten Schulstrukturen in Deutschland zu fordern“, so Böhm.

Am 8. Dezember 2010 hat sich der Vorsitzende des Seniorenverbandes BRH, **Dieter Berberich**, mit dem Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Stefan Kapferer zu einem Gespräch in Berlin getroffen. Thematischer Schwerpunkt des Gedankenaustauschs war die kürzlich verabschiedete Reform zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Berberich brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass die Aufgabe der bewährten paritätischen Finanzierung zu Lasten der Versicherer und

hier vor allem der Rentner und Pensionäre ginge, da ihre Einkommen in den vergangenen Jahren so gut wie gar nicht angepasst wurden. Damit wirken Beitragserhöhungen oder Zusatzleistungen zur Krankenversicherung wie Renten- bzw. Pensionsabsenkungen. Staatssekretär Kapferer verwies auf den Sozialausgleich bei einer Belastung von über zwei Prozent des individuellen Einkommens und auf die Sicherung des hohen Versorgungsniveaus des deutschen Gesundheitssystems. Dies wolle man auch für die Pflegeversicherung herbei führen. (14/49/10)